



Brüssel, den 3. Mai 2024
(OR. en)

9024/24

**Interinstitutionelles Dossier:
2016/0224/A(COD)**

CODEC 1126
ASILE 62
JAI 657
MIGR 180
FRONT 128

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Entwurf einer VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Einführung eines gemeinsamen Verfahrens zur Gewährung internationalen Schutzes in der Union und zur Aufhebung der Richtlinie 2013/32/EU (erste Lesung) – Annahme des Gesetzgebungsakts

1. Die Kommission hat dem Rat am 13. Juli 2016 ihren Vorschlag¹, der sich auf Artikel 78 Absatz 2 Buchstabe d AEUV stützt, übermittelt.
2. Die Kommission hat dem Rat am 23. September 2020 ihren geänderten Vorschlag², der sich auf Artikel 78 Absatz 2 Buchstabe d und Artikel 79 Absatz 2 Buchstabe c AEUV stützt, übermittelt.
3. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat seine Stellungnahmen am 14. Dezember 2016³ und am 25. Februar 2021⁴ abgegeben.
4. Der Ausschuss der Regionen hat seine Stellungnahmen am 8. Februar 2017⁵ und am 19. März 2021⁶ abgegeben.

¹ Dok. 11317/16 + ADD 1 + ADD 2.
² Dok. 11202/20.
³ ABl. C 75 vom 10.3.2017, S. 97.
⁴ ABl. C 155 vom 30.4.2021, S. 64.
⁵ ABl. C 207 vom 30.6.2017, S. 67.
⁶ ABl. C 175 vom 7.5.2021, S. 32.

5. Das Europäische Parlament hat am 10. April 2024 seinen Standpunkt in erster Lesung zu dem Kommissionsvorschlag festgelegt⁷. Das Ergebnis der Abstimmung im Europäischen Parlament entspricht dem zwischen den Organen ausgehandelten Kompromiss und sollte somit für den Rat annehmbar sein.
6. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird daher gebeten, seine Zustimmung zu bestätigen und dem Rat zu empfehlen⁸⁹, dass er den Standpunkt des Europäischen Parlaments in der Fassung des Dokuments PE- CONS 16/24 auf einer seiner nächsten Tagungen gegen die Stimmen Ungarns und Polens und bei Stimmenthaltung der Tschechischen Republik, Maltas und der Slowakei als A- Punkt billigt.
7. Die Erklärungen für das Ratsprotokoll sind im Addendum zu diesem Vermerk wiedergegeben.
8. Billigt der Rat den Standpunkt des Europäischen Parlaments, so wird der Gesetzgebungsakt erlassen.

Nach der Unterzeichnung durch die Präsidentin des Europäischen Parlaments und den Präsidenten des Rates wird der Gesetzgebungsakt im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht.

⁷ Dok. 8581/24.

⁸ Nach den Artikeln 1 und 2 des dem EUV und dem AEUV beigefügten Protokolls Nr. 22 über die Position Dänemarks beteiligt sich Dänemark nicht an der Annahme dieser Verordnung, und ist weder durch diese Verordnung gebunden noch zu ihrer Anwendung verpflichtet.

⁹ Nach den Artikeln 1 und 2 sowie Artikel 4a Absatz 1 des dem EUV und dem AEUV beigefügten Protokolls Nr. 21 über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands hinsichtlich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und unbeschadet des Artikels 4 dieses Protokolls beteiligt sich Irland nicht an der Annahme dieser Verordnung und ist weder durch diese Verordnung gebunden noch zu ihrer Anwendung verpflichtet.